

Infoblatt Nr. 4

für -Bittstädt-Eischleben-Haarhausen-Holzhausen-Ichtershausen-
Rehestädt-Röhrensee-Sülzenbrücken-Thörey

www.freie-wachsenburger.de Impressum: Herausgegeben V.i.S.d.P.: Ralf Richter, 99334 Amt Wachsenburg, Zeugmantel 63



Fraktionsvorsitzender:
Ralf Richter, Eischleben

Kontakt:
info@freie-wachsenburger.de
Tel.: 0177/31 07 61 3



Stellvertreter und
Ortsteilbürgermeister von
Holzhausen:
Mario Drehkopf

Kontakt:
mario@drehkopf.de



Simone Seyring, Holzhausen

Kontakt:
Simone.seyring@gmx.de



Bettina Richter, Eischleben

Kontakt:
info@freie-wachsenburger.de



Annette Juch, Ichtershausen

Kontakt:
ja1967@gmx.de

Liebe Wachsenburger,

heute wollen wir Sie wieder über unsere Arbeit der letzten Wochen informieren.

Thematik Bürgermeister – unser Standpunkt:

Wie Sie aus der Presse erfahren haben, wird in unserer Gemeinde vom Staatsanwalt ermittelt, konkret gegen unseren Bürgermeister. Auslöser war eine Anzeige von einem engsten Mitarbeiter und Parteikollegen der Verwaltung gegen den Dienstherrn. Soweit unser Kenntnisstand reicht, war diese Anzeige nicht erforderlich und auch nicht angemessen. Wir vermuten eine böswillige Überschreitung von Dienstbefugnissen des Anzeigenden. Uns tut sich hier sogar der Verdacht auf, dass es mitunter innerhalb seiner Partei um Machtkämpfe gegen den Bürgermeister gehen könnte. Unsere Fraktion distanziert sich klar von diesen Ereignissen. Wir bringen hierfür keinerlei Verständnis auf. Auch wir sind mit vielen (politischen) Entscheidungen in unserer Gemeinde unzufrieden. Dies zu ändern, dafür sind wir angetreten. Aber nicht mit solchen Methoden.

Präambel

Auf Antrag unserer Fraktion SSB konnten wir eine Mehrheit im Gemeinderat finden, die Geschäftsordnung und die Hauptsatzung um eine Präambel zu erweitern:

**Die Gemeinde versteht sich als
Dienstleistungsbetrieb für ihre Bürger.**

**Eine jede Entscheidung soll vor diesem
Hintergrund beschlossen werden.**

Es ist schön, dass sich die Mehrheit der Gemeinderäte dazu durchringen konnte. Jetzt gilt es, diese Präambel auch mit Leben zu erfüllen. Warum das keine leichte Aufgabe wird, können Sie bei den Geschehnissen der letzten Gemeinderatssitzung in diesem Flyer nachlesen.

Feuerwehrausschuss:

Auf Antrag unserer Fraktion sollte ein Feuerwehrausschuss oder wenigstens eine Arbeitsgruppe gebildet werden. Ausgangspunkt der Initiative war ein CDU-Wahlflyer mit der Aussage „Feuerwehren sind Pflichtaufgabe“. Über den Ausschuss sollten die Feuerwehren untereinander gleichberechtigt und auf Augenhöhe mit dem Gemeinderat verknüpft werden. Eine engere Zusammenarbeit war das Ziel. Die Aussage, Feuerwehren sind Pflichtaufgabe, bekommt eine völlig neue Bedeutung: Der Ausschuss wurde auch von der CDU abgelehnt. Man darf also vermutlich davon ausgehen, dass die CDU-Wahlwerbung so gemeint war, dass Feuerwehren wohl ein notwendiges Übel und nicht mehr als eine Pflichtaufgabe sind.

Vermutlich hatten wir das missverstanden!?

Unsere Besetzung der Ausschüsse:

Mario Drehkopf besetzt den Hauptausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft und Verkehr. Im Ausschuss für Finanzen, Soziales und Bürgeranfragen sowie im Ausschuss für Bau, Vergabe und Liegenschaften vertritt uns Annette Juch. Ralf Richter ist in jedem Ausschuss vertreten.

Zur Gemeinderatssitzung 27.10.14:

Diese Gemeinderatssitzung war ein Lehrstück für „Dienstleistung und Bürgerfreundlichkeit“ in unserer Gemeinde. Schlimmer als in dieser Sitzung konnte der Gemeinderat seine Bürger gar nicht mehr missachten.

Angefangen hat es mit der Tagesordnung. Unsere Fraktion hatte beantragt, die Reihenfolge so zu ändern, dass die Themen der Bürger vorgezogen werden und die „langweiligeren“ Themen im Nachgang behandelt werden. Dieser Antrag war als Gefälligkeit für die anwesenden Bürger gedacht und wurde mit der Mehrheit von CDU/Bürger Aktiv e.V. (BA) abgelehnt. Geändert wurde die Tagesordnung dennoch. Nach vorne geholt wurde auf Bürgermeisterantrag die Auftragsvergabe an ein Planungsbüro für insgesamt 160.000 €.

Da konnte man natürlich nicht erwarten, dass die Planer warten, bis sie an der Tagesordnung sind.

Wohnungsbaugesellschaft Ichttershausen:

Der Gemeinderat hat die Besetzung des Aufsichtsrates der WBG -für uns mit Ralf Richter- nunmehr beschlossen. Einerseits sind wir bereit, uns für die WBG zu engagieren. Andererseits ist uns auch klar, dass auf Grund des jahrelangen Stillstandes und der Misswirtschaft sowie der riesigen Verluste großes Ungemach droht. Ein Blick in die Jahresabschlüsse reicht aus. Der jährliche Verlust liegt in Größenordnungen von Hunderttausenden Euro. Das kann und darf so nicht weiter gehen.

Lämmerberg:

Es gab eine Beschlussvorlage unserer Fraktion zur Änderung des Bebauungsplanes (B-Plan) „Lämmerberg“ in Holzhausen zugunsten der Anlieger. **Wir wollten erreichen, dass die betroffenen Bürger ihre Grundstücke bebauen können.** Der alte Streit um diese Frage sollte bürgerfreundlich beigelegt werden. Der Ortschaftsrat hatte sich bereits einstimmig für die Bebauung innerhalb des Ortes ausgesprochen. Die Straße ist Gemeindeeigentum. Mit der B-Plan-Änderung wären die Grundstücke beitragspflichtig gemäß der in Holzhausen gültigen wiederkehrenden Beitragsatzung geworden. Eine Vorteilnahme der betroffenen Bürger aus unserer Sicht ist damit nicht erkennbar.

Die betroffenen Bürger waren vom Bürgermeister eingeladen. Ihnen sollte Gelegenheit gegeben werden, dem Gemeinderat ihre Sicht der Dinge darzustellen. Unser Antrag **auf Rederecht für diese Bürger** wurde mit der Mehrheit von **CDU/BA abgeschmettert**. Die Bürgermeinung interessierte diese Fraktionen nicht.

Die gesamte nachfolgende Diskussion ging nicht um die Sinnhaftigkeit der Bebauung. Es ging allein um die Frage, den Bürgern das Baurecht zu verwehren, weil der Gemeinderat keine Möglichkeit sieht, rückwirkend für eine fünfzehn (!) Jahre alte Erschließungsmaßnahme Geld zu verlangen.

Anschließend wurde über unseren Antrag abgestimmt. Auch hier von Bürgerfreundlichkeit keine Spur. **Der Antrag wurde ebenfalls mit der Mehrheit von CDU/BA abgelehnt.** Ein Dienstleister für seine Bürger -wie in der Präambel der neuen Geschäftsordnung verankert- sieht unserer Meinung nach anders aus. Zumal diese B-Plan-Änderung der Gemeinde keinen Pfennig gekostet hätte - im Gegenteil, es wären jährlich Beiträge in die Gemeindekasse geflossen.

B-Plan-Änderung Eischleben:

Unsere Fraktion hat im Auftrag eines Anliegers eine Beschlussvorlage zur Änderung des B-Planes „Zeugmantel“ eingebracht. Es ging darum, eine Brachfläche zu erschließen und eine Nutzung mit einem Wohnhaus und einem nichtstörenden Gewerbe zuzulassen. Die Argumentation, wir würden damit Publikums- und LKW-Verkehr in das Wohngebiet ziehen, war völlig an der Sache vorbei. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass sich die Gemeinderäte nicht einmal die Mühe machen, die Beschlussvorlagen genau anzusehen. Das Grundstück sollte zwar Bestandteil des B-Planes sein, die Erschließung sollte aber ausschließlich über die Landesstraße erfolgen. Damit können weder Besucher noch LKW's das Wohngebiet belästigen. Im Übrigen hätte sich der Anlieger an den Erschließungskosten des Baugebietes beteiligt.

Dies wäre ausschließlich der Gemeinde zu Gute gekommen. Auch dieser Antrag wurde **„bürgerfreundlich“ mit der Mehrheit von CDU/BA abgewiesen.**

Nachtragshaushalt

Wo Geld und immer noch mehr Geld zu holen ist, da ist die Tugend der Sparsamkeit selten zu finden. Es ist ein Leichtes, den Bürgern ihre Steuergelder abzunehmen. Aber es ist sehr viel schwerer, sparsam damit zu haushalten.

Hatte der alte Gemeinderat nicht gerade die Steuern erhöht, um die neuerdings fällige Reichensteuer auf die Bürger und Unternehmen umzulegen?

Und nun kommt die Gemeinde -als eine der reichsten von Thüringen- noch immer nicht mit ihren „Tageseinnahmen“ zurecht? Wir müssen für über 2 Mio. Euro Überziehung die Sparbüchse öffnen. Das wird nicht ewig gehen. Irgendwann ist jede Sparbüchse einmal leer! Und die in Ichttershausen ist schon leer. Nur weiß das -wegen der kameralistischen Buchführung- noch keiner, nicht einmal der Bürgermeister.

Anders lässt sich das Finanzgebaren um das Nadelwerk und den noch immer schlummernden Knastkauf mit den angedachten Millionensubventionen der Gemeinde als „Geschenke“ an Dritte nicht verstehen.

Deshalb haben wir demonstrativ dem Nachtragshaushalt nicht zugestimmt. Wir meinen, dass eine reiche Gemeinde wie unser Amt Wachsenburg, die Reichensteuer bezahlt, mit ihren jährlichen Steuern auskommen sollte und muss. Wenn der Haushalt mit einem solchen Betrag überzogen wird, zeigt das vor allem doch nur, dass wir das Wirtschaften verlernt haben. Wir gehen viel zu leichtsinnig mit dem Steuergeld unserer Bürger um.

Hier einige Beispiele:

Die Ausschreibung eines Feuerwehrautos macht ein fremder Dienstleister für einen Betrag von über 10.000 €. Dies hätte genauso gut von unseren Fachleuten aus den Feuerwehren in Zusammenarbeit mit der Verwaltung gemacht werden können - kostenlos. Das Geld hätten wir lieber den Feuerwehren gegeben.

Ein Architekturbüro sollte für die Gemeinde 300 Stühle kaufen. Wir haben nachgefragt: Die Kosten dieser Dienstleistung waren ca. 7.000 €. Wir Gemeinderäte konnten durchsetzen, dass diese Ausschreibung von der Verwaltung gemacht wird und der Betrag eingespart wurde.

Der Hof des Nadelwerkes soll für über 1,2 Mio. Euro gestaltet werden, damit Zitat Planer „...der Stadtpark den Saal bespielt“. Das ist mehr Geld für weniger Sinn als die Gemeinderäte für die Maßnahme „Sportplatz in Haarhausen“ ausgeben wollen. Geht es nicht auch sparsamer?

Könnte es preiswerter sein, wenn sich das Planungsbüro auf eine einfachere Planungsleistung für die Wege,- Parkplatz- und Grünplanung beschränkt? Könnten wir gemeindeeigenes, eingelagertes Natursteinpflaster verwenden? Kann der Grünbereich nicht mit den Mitarbeitern des Bauhofes ausgeführt werden? Wir meinen, in der Summe müsste ein Drittel des geplanten Geldes reichen. Das wäre preiswerter, als die jetzt geplante Maßnahme unter Hinzuziehung von Fördergeld. Falls dieses überhaupt kommt.

Die nochmalige Erweiterung des Kindergartens in Ichtershausen wird von unserer Fraktion nicht unterstützt. Die ewigen Erweiterungen und Suche nach Reserven im Gebäude sind Stückwerk. Wir sind der Meinung, dass wir uns auf Kapazitätserweiterung durch Neubauten als eigenständige Einheiten konzentrieren sollten. Mit einer Zukunftsvision im Hinterkopf hätte man das auch in Ichtershausen machen können. Beispielsweise an der Molsdorfer Straße am Tegut. Den ohnehin größten Kindergarten jedoch nochmals zu vergrößern, das halten wir für keine gute Idee, zumal es das Problem fehlender Kitaplätze z. B. in Haarhausen nicht ansatzweise löst.

Beim Schulhort ist unser Kenntnisstand aus Gesprächen mit Lehrern, dass die Erweiterung schon heute zu klein ist.

Zwar gibt es schon eine weitere Erweiterungsoption. Dies dürfte dann aber schon wieder Stückwerk werden. Wir hätten das Projekt zu Gunsten der Schule und unseren Kindern sofort vergrößert. Deshalb haben wir demonstrativ gegen die jetzigen Auftragsvergaben gestimmt.

Im Haushalt befand sich eine Position für Mehrausgaben für ein mehrjähriges Fernstudium eines Bediensteten. Es geht in der Summe um mehr als 10.000 €. Uns Gemeinderäten steht es nicht zu, zu entscheiden, welchen Mitarbeiter der Bürgermeister zum Studium schickt. Jedoch können wir über den Haushalt Einfluss nehmen.

Um jemanden auf Kosten unserer Steuerzahler zum Studium zu schicken, bedarf es einer Haushaltsposition. Diese sollte im Nachtragshaushalt unauffällig und heimlich nachgenehmigt werden. Wir sehen hierfür in diesem konkreten Fall -auch wegen der Vorgänge in der Gemeindeverwaltung und der Anzeige gegen den Bürgermeister- zum jetzigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit. Unser **Antrag auf Streichung** der Position im Nachtragshaushalt für das Studium wurde **mit der Mehrheit der Gemeinderäte genehmigt**.

Auch bei vielen kleinen Einzelmaßnahmen ist deutlich zu erkennen, dass die Tugend des Sparens in unserer Gemeinde abhandengekommen ist. (Steuer-)Geldverschwendung im Sinne des Wortes, das ist hier viel zu oft auf der Tagesordnung.

Null-Euro-Straßensatzung:

Eines unserer wichtigsten Ziele aus dem Wahlkampf ist die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge bzw. deren Rückzahlung. Wir haben daher eine Beschlussvorlage eingebracht, die Kanzlei Kreysa zu beauftragen, dem **Gemeinderat und den Bürgern die rechtlichen Möglichkeiten zum Verzicht/Rückzahlung der Straßenausbaubeiträge zu erörtern** und entsprechende Fragen zu beantworten. Weiterhin sollten von der Kanzlei **Vorschläge zur Kostenreduzierung beim Straßenbau** und in der Organisation der Gemeinde gemacht werden, damit die Rückzahlung der Beiträge in Jahresraten die Finanzen der Gemeinde nicht belastet.

Hier kam es ganz schlimm: Herr Rolapp - Fraktionsvorsitzender der CDU- hatte im Rahmen der Kommunalwahl öffentlich behauptet, es gäbe keine rechtliche Möglichkeit zum Verzicht von Straßenbeiträgen und wir würden die Bürger in die Irre führen. Diese Frage sollte von der Kanzlei beantwortet werden. Das Risiko wollte diese Fraktion dann wohl doch nicht eingehen.

Als wir unseren Antrag erörtern wollten, stellte Herr Rolapp den Antrag, ohne Diskussion über die Beschlussvorlage abzustimmen, **also Redeverbot für uns!**

Offensichtlich sollten die anwesenden Bürger lieber nicht erfahren, um was es eigentlich ging. Mit der **Mehrheit von CDU/BA wurde seinem Antrag stattgegeben** und wir mussten schweigen.

Im Anschluss wurde so dann unsere Beschlussvorlage als Vorbereitung für die „Null-Euro“-Straßensatzung ebenfalls **mit der Mehrheit von CDU/BA weggestimmt**. Dass Bürger Aktiv sich so verhält, ist aus unserer Sicht Verrat am Bürger und der Sache. **War es nicht diese Fraktion im alten Gemeinderat, die sich erstmals für die „Null-Euro“-Satzung engagierte und damals wegen der Absage der CDU-Mehrheit so enttäuscht war?**

Für die neuen Gemeinden steht in den nächsten Jahren der grundhafte Ausbau ihrer Straßen an. Die wiederkehrende Beitragssatzung soll auf die „KO-Satzung“ umgestellt werden. Betroffen wird der größte Teil der Bürger sein, teilweise mit großen Grundstücken und Mehrfachveranlagungen an Eckgrundstücken. 10.000 € und mehr sind da keine Seltenheit. Die Gemeinderäte Herr Huyer, Herr Münster und Herr Kay Ullrich von der Fraktion Bürger Aktiv sollten sich überlegen, ob sie das ihren Bürgern und Wählern in den neuen Gemeinden tatsächlich zumuten wollen, wenn es doch die Möglichkeit gibt, für die Gemeinde kostenneutral die Straßen auch preiswerter grundhaft zu sanieren und auf Beiträge zu verzichten.

Für die Altgemeinde Ictershausen würde die Rückerstattung von geschätzt 1,2 Mio. Euro ein Zeichen an die Bürger sein, dass die Gemeinde für ihre Bürger da sein will. Die Rückerstattung würde Kaufkraft in die Region bringen, damit der ein oder andere auch die Möglichkeit hat, dieses Geld in den Erhalt seines Hauses zu investieren. Auch die WBG leidet sehr unter den Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass Herr Kittel als einziger Vertreter vom Verein Bürger Aktiv für die Altgemeinde Ictershausen im Gemeinderat sich auf seinen alten (viel bürgerfreundlicheren) Standpunkt besinnt. Es wäre schön, wenn er sich wieder -so wie früher- für die Entlastung seiner Bürger einsetzen würde.

Die „Null-Euro“-Satzung ist kein Hexenwerk. Sie ist machbar. Dafür braucht es eine Mehrheit. Unsere Fraktion SSB sowie Bürger Aktiv e.V. und DIE LINKE könnten gemeinsam die Mehrheit dafür sein.

Bürgersprechstunde

Das absolute Trauerstück der Veranstaltung war die Bürgersprechstunde. Mehr als die Hälfte des Gemeinderates hat gezeigt, wie sehr sie ihre Bürger achten. Sie haben kurzerhand die Sitzung verlassen. Nach ihrer Rückkehr haben die Gemeinderäte lautstark in eigener Sache diskutiert. Ein Gemeinderat hat sich sogar den Lapsus erlaubt den Bürgermeister zu fragen, was das hier gerade ist. Der Bürgermeister hat dann darauf hingewiesen, dass gerade Bürgersprechstunde ist und er die Fragen der Bürger beantwortet.

Die Anliegen der Bürger wurden von den Gemeinderäten entweder ignoriert oder mit Zwischenrufen kommentiert. Schlimmer kann ein Gemeinderat gegenüber seinen Bürgern seine Missachtung und sein Desinteresse kaum noch zum Ausdruck bringen. Vielleicht abgesehen davon, dass Gemeinderäte Bürger wegen ihrer Anfragen auch schon mal ausgelacht haben, ...oder angelacht? Die Beschwerde einer Bürgerin über das ignorante und unverschämte Verhalten der Mehrheit des Gemeinderates war völlig zu Recht. Ein Bürger, der etwas sagen wollte, ist demonstrativ gegangen. Seinen Hinweis, „Danke, dass der Gemeinderat mir zuhört.“, haben die Gemeinderäte schon gar nicht mehr mitbekommen.

Wie geht es weiter?

Das Thema „Null-Euro“-Satzung ist noch lange nicht beendet. Unsere Fraktion stellt dank Ihrer Unterstützung zur Kommunalwahl ein Viertel der Gemeinderäte. Dieses Viertel der Gemeinderäte ist die Mindestvoraussetzung des Gesetzgebers um die Einberufung einer Gemeinderatssitzung zu verlangen. Und genau das werden wir tun.

Die Kosten der Kanzlei Kreysa von über 1.000 € für die Informationsveranstaltung werden die Mitglieder unserer Fraktion zusammenlegen und aus eigener Tasche bezahlen.

Wir wollen die Frage geklärt haben, ob die „Null-Euro“-Satzung möglich ist und wenn ja, wie. Dann wird der Gemeinderat abstimmen müssen, wie es weiter gehen soll. Niemand soll sich mehr hinter der Behauptung, es wäre rechtlich nicht zulässig, verstecken können. **Auch die gewünschten Vorschläge zur Kosteneinsparung in der Verwaltung können doch so falsch nicht sein.**

Wenn die Kanzlei weiterhin erörtern soll, wie wir beim Straßenbau Kosten sparen können, dann haben doch alle was davon. Warum haben sich CDU/Bürger Aktiv dabei nur so bockig? Das kommt doch auch deren Wählern, vor allem in den neuen Gemeinden, zu Gute.

Wie bereits im Wahlkampf möchten wir auch jetzt ausdrücklich darauf hinweisen, dass alle Ideen und Überlegungen zur „Null-Euro“-Satzung, Beitragsrückerstattung und Kostenoptimierung der Verwaltung keine Hirngespinnste unsererseits sind. Das ist alles nur geklaut. Es gibt Gemeinden, die das erfolgreich praktizieren. Den Bürgermeister, bei dem wir geklaut haben, haben wir um Unterstützung gebeten und auch zugesagt bekommen. Wir werden den Gemeinderat vorschlagen, diese Gemeinde mit einer Delegation aus Bürgermeister, Fraktionsvorsitzenden, interessierten Gemeinderäten und verantwortlichen Gemeindemitarbeitern zwecks Erfahrungsaustausch -oder besser gesagt, zum „Ideenklau“- zu besuchen. Wir sind sehr auf die Reaktion der anderen Fraktionen zu unserem Vorschlag gespannt.

Vielleicht gelingt es ja doch noch, den ebenfalls von diesem Bürgermeister geklauten Halbsatz

„Wer etwas will sucht Wege...“

in unserer Gemeinde in die Tat umzusetzen.

Kindergarten

Es wird einen Neubau eines Kindergartens geben, geplant ist Holzhausen neben der Schule.

Unsere Fraktion hat für die nächste Gemeinderatssitzung einen Antrag zur Bildung einer Arbeitsgruppe „Kindergarten“ beantragt.

Wir sind der Meinung, dass wir Gemeinderäte und die Eltern von Anfang an Einfluss auf die Planung nehmen sollten. Es soll kein Selbstläufer nach Belieben des Planers sein. Wir möchten zeitnah unsere Ideen mit einbringen.

Wir möchten z. B. eine Größe von maximal 80 Plätzen (als Einzugsgebiet von Holzhausen, Bittstädt und Röhrensee) vorsehen.

Ganz wichtig ist uns ein Neubau auf einer Ebene – komplett ohne Treppen und Stufen. Mehrere Zusatzräume für kreative Beschäftigungsmöglichkeiten (z. B. Bällchenbad, Snuzzelraum ...) oder z. B. auch einen Saunabereich, könnten eingeplant werden.

Auch über ein konkretes Betreuungskonzept, ggf. auch nur gruppenweise, sollten wir uns ernsthaft im Vorfeld Gedanken machen. Als Beispiel würden wir gern das Montessori-Konzept anregen. Viele Erzieherinnen haben sich nachträglich mit diesem wunderbaren Konzept beschäftigt und privat eine Zusatzausbildung diesbezüglich absolviert. Sehr viele Eltern wünschen sich für Ihre Kinder ein solches Angebot. Die Wartelisten für solche Gruppen sind lang. Auch hier steckt viel Potential für unsere Kinder. Deshalb sollten wir uns im Vorfeld offen mit neuen Betreuungskonzepten beschäftigen.

Unsere Einrichtung sollte auch allen interessierten Kindern offen stehen, nicht nur denen mit Rechtsanspruch. Da wir über 40 Kinder unserer Gemeinde in Einrichtungen außerhalb untergebracht haben, haben wir auch die Pflicht, 40 Fremdkinder aus der Region aufzunehmen und nicht kategorisch abzulehnen. Anderenfalls würden wir uns bei wesentlich ärmeren Gemeinden im Umfeld „bedienen“.

Auch hier sind wir sehr gespannt, wie die anderen Fraktionen zu unserem Antrag zur Arbeitsgruppe „Kindergarten“ stehen.

In diesem Sinne


Ralf Richter Mario Drehkopf Annette Juch
Simone Seyring Bettina Richter